

Die falsche Fahne

Die Signalhörner des Bonner Bundestages tuteten minutenlang und riefen die parlamentarische Herde zum Hammelsprung. Es war am Donnerstag vergangener Woche, in der ersten Sitzung des Bundestages nach den Sommerferien. Die Abgeordneten sollten über den deutsch-jugoslawischen Vertrag vom 10. März 1956 abstimmen. Um 16.16 Uhr konnte der neue FDP-Vizepräsident, Max Becker, der zu seiner ersten Amtshandlung eine protokollwidrige Fliege zum vorgeschriebenen Cut angelegt hatte, das Ergebnis verkünden: 236 Abgeordnete hatten mit Ja, 96 mit Nein gestimmt; vierzehn hatten sich ihrer Stimme enthalten.

Zur gleichen Stunde saß eine dreizehnköpfige Delegation der jugoslawischen

Die Verhandlungen darüber begannen — nach Marshall Titos Bruch mit Moskau — im Januar 1954. Im November desselben Jahres waren sie in eine Sackgasse geraten. Bundeswirtschaftsminister Erhard versicherte zwar bei einem Besuch in Belgrad: „Ich werde sofort in Bonn eingreifen“, aber drei Wochen nach diesem kühnen Versprechen wurden die Verhandlungen gänzlich abgebrochen.

Diese mißliche Situation wurde im Mai 1955 einer deutschen Bundestags-Delegation vor Augen gehalten, die auf Einladung des jugoslawischen Parlaments Belgrad besuchte. In ehrlicher Entrüstung telegraphierten die westdeutschen Volksvertreter, an ihrer Spitze Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier und der jetzige deutsche Botschafter in Belgrad, Karl Georg Pfeleiderer, sofort an Konrad Adenauer.

Das Antworttelegramm ließ sie ahnen, wie sehr den Bundeskanzler das deutsch-

175 Millionen Mark brauchen erst bis 1968 getilgt und nur mit drei Prozent verzinst zu werden.

▷ Alte jugoslawische Umstellungsguthaben bei deutschen Banken in Höhe von 14,5 Millionen Mark werden freigegeben.

Obgleich den jugoslawischen Unterhändlern bei Abschluß des Vertrages in Aussicht gestellt worden war, der deutsche Bundestag werde das Abkommen noch vor den parlamentarischen Sommerferien im Juli ratifizieren, wurde dieser Termin nicht eingehalten. Als Grund wurde offiziell angegeben, wegen der Wehrgesetze sei das Bonner Parlament in Zeitnot geraten. Tatsächlich hatte diese Vertagung jedoch andere Ursachen.

Mit einigem Argwohn hatte nämlich die Bundesregierung beobachtet, wie Marshall Tito sich mit Moskau aussöhnte und Jugoslawiens Haltung in der Deutschlandfrage sich der sowjetischen — „Es bestehen zwei deutsche Staaten nebeneinander“ — annäherte. Die Anerkennung Pankows durch Belgrad schien näherzurücken, zumal Tito am 19. Juni in Moskau von der Realität zweier deutscher Staaten sprach.

Angst vor Pankow

Neben dieser Furcht, mit Pankow international gleichgesetzt zu werden, die manche Handlungen der Bundesregierung bestimmt, sprach noch ein zweiter Grund gegen die schnelle Ratifizierung des Jugoslawien-Abkommens: die Proteste deutscher Flüchtlingsorganisationen, nach deren Ansicht auch deutsche Ansprüche gegen Jugoslawien bestehen, die sich aus der Vertreibung der Volksdeutschen aus Jugoslawien ergeben.

Zu den beiden Einwänden gegen den Vertrag mit Jugoslawien — Titos Lieblingen mit Pankow und der Vertreibung der Volksdeutschen — nahm Außenamtsstaatssekretär Walter Hallstein in der letzten Woche vor dem Bundestag Stellung. Trotz Titos Äußerungen über „die Realität zweier deutscher Staaten“, trotz eines Wirtschaftsabkommens zwischen Jugoslawien, der Sowjet-Union und der Sowjetzone, trotz der Errichtung mitteldeutsch-jugoslawischer Handelskammern in Ostberlin und Belgrad glaubt die Bundesregierung, daß eine Anerkennung der „DDR“ durch Belgrad nicht zu erwarten ist.

Hallstein: „Die Absicht der jugoslawischen Regierung, an ihrer bisherigen Politik (der Nichtanerkennung) festzuhalten, ist das, was Juristen die Geschäftsgrundlage eines Vertrages nennen.“ Damit hatte Hallstein angedeutet, daß der Vertrag Bonn-Belgrad hinfällig wird, wenn Jugoslawien Pankow anerkennt. Die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, erklärte Hallstein weiter, werden durch das Abkommen nicht berührt.

Daß die Delegation der jugoslawischen Volksvertretung, die Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier bei seinem Besuch in Belgrad nach Bonn eingeladen hatte, diese Erläuterungen des Staatssekretärs nicht mit anhören konnte, hatte seine besonderen Gründe. Auf deutscher Seite wollte man den Eindruck vermeiden, daß der Vertrag sozusagen unter jugoslawischem Druck angenommen wird, Moscha Pijade und seine Genossen hingegen wollten sich nicht der peinlichen Situation aussetzen, die Anklagen deutscher Flüchtlingsabgeordneter gegen ihre Austreibungspolitik mit anhören zu müssen. So erschienen die Jugoslawen auf der Diplomatenbühne des Bundestages erst am Freitagmorgen, zur Fragestunde, als alles vorüber war.



Belgrader Parlamentspräsident Pijade, Gastgeber: Schwankende Geschäftsgrundlage

Volksvertretung unter Führung ihres Parlamentspräsidenten Moscha Pijade im Kölner Funkhaus bei Kaffee und Kuchen. Daß die Jugoslawen an dem bedeutsamen Akt im Bonner Bundeshaus nicht teilnahmen, war kein Zufall, sondern Symbol jener pikanten Schwierigkeiten, die sich um dieses Abkommen ranken.

Die jugoslawische Regierung hatte schon vor Jahren in Bonn Forderungen aus alten großdeutschen Verpflichtungen in Höhe von 700 Millionen Mark geltend gemacht. Die Bundesrepublik war aus politischen und moralischen Gründen bereit, einen Teil der Ansprüche Marshall Titos zu befriedigen: Es galt dabei eine Form zu finden, die weder Deutschland zu ähnlichen Zahlungen an andere Kriegsgegner verpflichtete* noch den legendären Stolz der Jugoslawen verletzte, die keine Geschenke annehmen wollten.

* Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 zwischen der Bundesrepublik und zwanzig anderen Staaten — darunter Jugoslawien — sieht vor, daß „eine Prüfung der aus dem zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen ... gegen das Reich ... bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt“ wird.

jugoslawische Verhältnis interessierte. Die Depesche war von einem Oberregierungsrat aus dem Bundeskanzleramt unterzeichnet, der eine wohlwollende Prüfung zusagte.

Im August desselben Jahres wurde Karl Georg Pfeleiderer deutscher Botschafter in Belgrad. Seinem Einsatz ist es vor allem zuzuschreiben, daß nach einigen weiteren Komplikationen endlich am 10. März 1956 in Bonn der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der föderativen Volksrepublik Jugoslawien über wirtschaftliche Zusammenarbeit“ unterschrieben werden konnte.

Die Vereinbarung sieht vor:

- ▷ Zur Regelung jugoslawischer Forderungen aus Kriegszeit an das Deutsche Reich zahlt die Bundesrepublik an Belgrad insgesamt 45,5 Millionen Mark.
- ▷ Die Bundesrepublik gibt den Jugoslawen auf 99 Jahre ein Darlehen von 240 Millionen Mark.
- ▷ Die jugoslawischen Nachkriegsschulden an Westdeutschland in Höhe von

Nicht immer war Moscha Pijade bei seinem Deutschlandbesuch auf soviel protokollarisches Geschick gestoßen. Die republikanische Prominenz am Rhein, die bei monarchistischem Staatsbesuch jedesmal vor Entzücken Purzelbaum schlägt, entwickelte bei dem Besuch der tiloistischen Volksvertreter einen Stil, der unübersehbar die Gleichgültigkeit gegenüber dem Balkanstaat demonstrierte.

Es begann schon am Dienstag letzter Woche bei der Ankunft der Jugoslawen auf dem Flugplatz Wahn. Bundestagspräsident Gerstenmaier war verhindert. In Bad Honnef diskutierte die CDU/CSU-Fraktion sein Grundsatzreferat, das seine führende Position unter den Christdemokraten festigen sollte. An seiner Stelle standen Vizepräsident Professor Carlo Schmid und der Direktor beim Bundestag Troßmann auf dem zügigen Flugfeld.

Obgleich Eugen Gerstenmaier erst wenige Tage zuvor eigens für solche Anlässe die Geschäftsführerin der „Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft“, Gräfin Werthern, zur Protokollchefin des deutschen Bundestages erhoben hatte, fehlte in Wahn die jugoslawische Fahne. So kam es, daß Carlo Schmid seine Begrüßung mit einer Entschuldigung beginnen mußte. Das auswärtige Amt war dieser Peinlichkeit entzogen, weil es überhaupt keinen Vertreter nach Wahn geschickt hatte.

Am Tage darauf, als die jugoslawischen Gäste den Bundestag besuchten, grüßte vor dem Bundestagsportal die Flagge des Libanon, die noch zu Ehren eines politischen Besuchers aus der Levante aufgezogen war, den man zuvor mit den jugoslawischen Farben empfangen hatte.

Erinnerungen an Dalmatien

Auch an diesem Mittwoch konnten die Jugoslawen über allzu aufdringliche Aufmerksamkeit nicht klagen. Sie sahen zwar den Bundespräsidenten Theodor Heuss, der über seine Erinnerungen an Dalmatien plauderte, und auch den Außenminister von Brentano; Bundeskanzler Konrad Adenauer gewährte ihnen jedoch keine Audienz. Und als Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier sie zum Mittagessen bewirtete, zogen sich die wichtigsten Gastgeber aus den Reihen des Bundestages vorzeitig zurück, um im Ältestenrat über ihre Reise nach Moskau zu reden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund schließlich ließ wissen, daß die jugoslawischen Genossen leider nicht einmal an der Eröffnungssitzung seines Bundeskongresses in Hamburg teilnehmen könnten, es seien keine Plätze mehr frei.

Erst auf der Kegelbahn einer Braunkohlenzeche bei Köln tauten die Jugoslawen richtig auf. Dort beschlossen sie auch, deutsche Abbaumaschinen zu kaufen. Die Maschinen sollen mit einem Teil der Anleihe bezahlt werden, die Jugoslawien von Moskau bekommen hat.

Wie in diesem Fall, in dem deutsche Firmen mit sowjetischen Devisen bezahlt werden sollen, wurde auch in einer anderen Episode die der Bundesregierung so unangenehme jugoslawische Stellung zwischen Ost und West augenscheinlich: Moscha Pijade hatte bei seinem Abflug in Belgrad geäußert, man solle sich eigentlich Berlin ansehen. Der Gedanke war von deutscher Seite freudig aufgenommen worden: Man wollte den Jugoslawen gern Gelegenheit geben, den Unterschied zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ an Ort und Stelle zu studieren.

Da schaltete sich der jugoslawische Geschäftsträger in Bonn ein. Er verhinderte den Berlinflug, um Pankow nicht zu verletzen.

STREITKRÄFTE

UMRÜSTUNG

Für Kriegerdenkmäler

Parlamentarier und Zeitungsleute ahnten nicht, wer da hinter der Tür des Ollenhauer-Büros im Bonner Bundeshaus verschwand. Der General Speidel, Inspekteur der Bundeswehr, hatte für seine Mission unauffälliges Zivil gewählt. Er sollte den SPD-Chef für ein Manöver seines Ministers und Befehlshabers Blank gewinnen, das darauf angelegt war, die Budget- und Wehrexperthen des Deutschen Bundestages zu überrumpeln.

Aber der in derlei Geschäften oft erprobte Militärdiplomat Speidel hatte diesmal kein Glück. SPD-Ollenhauer winkte



Blank-Kritiker Strauß
„300 000 sind genug“

freundlich ab. Theo Blank saß mit einer von ihm eingeleiteten Blitz-Operation endgültig fest. Das war am Montag vergangener Woche.

Angekurbelt hatte Theo Blank sein Unternehmen bereits eine Woche vorher, und zwar mit einer sogenannten Vorwegbewilligungs-Vorlage* — der vierten —, die er dem Haushalts- und dem Verteidigungsausschuß des Bundestages zugeschickt hatte. Hals über Kopf, so hatte Blank es verlangt, sollten die beiden parlamentarischen Gremien 3,3 Milliarden Mark freigeben, mit denen er amerikanische Waffen zu kaufen wünschte. Die Amerikaner drängten angeblich auf eine schnelle Entscheidung.

Mit diesem Großeinkauf wäre die Erstausrüstung des bundesdeutschen Heeres für lange Zeit auf Waffen festgelegt, die

* Bei der Verabschiedung des Haushaltsplans durch den Bundestag wurden nur Globalsummen für das Verteidigungsministerium genehmigt, die jetzt — im Verlauf des Haushaltsjahres — durch Vorwegbewilligungen konkretisiert werden.

der amerikanische Generalstab schon heute als veraltet ansieht und die in den aktiven Verbänden der amerikanischen Armee nach und nach durch modernere Modelle ersetzt werden.

Angesichts dieser Rüstungs-Situation entrüsteten sich die Fraktionen des Bundestages in seltener Eintracht über die Vorlage des Ministers Blank. Nur der Zwang, die Vorlage vertraulich zu behandeln, verhinderte bislang einen politischen Skandal.

Der Unterausschuß „Beschaffung“ im Verteidigungsausschuß stellte die Vorlage kurzerhand zurück, bis Theo Blank dem Ausschuß-Plenum Rede und Antwort gestanden hat. Der Minister und seine Generale sollen den Parlamentariern einen kompletten Verteidigungsplan vorlegen, der Aufschluß darüber gibt, ob die westdeutsche Bundeswehr nach dem altbackenen EVG-Schema des Jahres 1952 oder nach den neuesten operativen und taktischen Erkenntnissen bewaffnet und ausgerüstet werden soll. Solange das militärische Konzept nicht klar ist, wird Theo Blank keine Haushaltsmittel mehr bekommen.

Die vierte Rüstungsvorlage Blanks enthält kaum ein Anzeichen dafür, daß sich seine Gehilfen in den verflochtenen sechs Planungsjahren um die technische Entwicklung gekümmert haben. Mit den ersten drei Vorlagen wurden vorzugsweise Luft-rüstung und Kasernenbauten sichergestellt, die vierte soll — abgesehen von der Leihgebühr für zwölf amerikanische Hochsee-Zerstörer — dem Heer zugute kommen.

Für knapp eine Milliarde Mark will Theo Blank Artillerie, Pionier- und Nachrichten-geschütz beschaffen. Mehr als zwei Drittel der Gesamtsumme von 3,3 Milliarden Mark sind für den Kauf amerikanischer Panzerfahrzeuge vorgesehen.

Die Bundeswehr soll bis zum Jahre 1960 insgesamt 6000 Panzerfahrzeuge aus Amerika beziehen:

- ▷ 500 Sturmgeschütze;
- ▷ 700 Panzer M-41;
- ▷ 800 Spezialpanzer für Bergungs-, Brückenbau- und Minenräumzwecke;
- ▷ 4000 Panzer M-47 (Patton).

Dabei ist der Zukunftswert, den die amerikanischen Lieferanten beispielsweise ihrem Angebot an Patton-Panzer (M-47) beimessen — von denen Blank gleich 4000 erstehen will — einigermaßen gering.

Der Generalmajor Sherburne, Kommandeur der 101. Luftlande-Division, formulierte sein Urteil über den Panzer, der sich auf dem koreanischen Kriegstheater noch ziemlich modern ausgenommen hatte, mit ironischer Schärfe. Sherburne meinte im Juni dieses Jahres bei einer Manöverkritik, der M-47 sei „gerade noch gut genug, um damit Kriegerdenkmäler zu schmücken.“

Und der Generalleutnant Anderson von der amerikanischen Weapons Systems Evaluation Group (Waffen-Entwicklungs- und Forschungsanstalt) sagt: „Weder wir noch andere Staaten sind heute in der Lage, das allerneueste Material prompt an Deutschland zu liefern. Außerdem ist es unmöglich, die vorgesehene deutschen Truppenstärke mit neuestem Gerät im Rahmen der vom deutschen Parlament bewilligten und voraussichtlich noch zu bewilligenden Mittel in der geplanten Zeit auszurüsten.“

Mit anderen Worten: Westdeutschlands Bundeswehr soll in Eile bis an die Zähne armiert werden, und zwar mit Waffen, die heute allein verfügbar sind, die aber, wenn der Aufbau der Bundeswehr endlich perfekt ist, nur noch historischen Wert haben werden.

Um diese Fehlplanung zu korrigieren, haben sich in der vergangenen Woche nahe-